



Klare Ansage am Eiffelturm während des Pariser Klimagipfels

Vorsichtiger Optimismus

Nach dem Weltklimagipfel von Paris

Nachdem Gipfelpräsident Laurent Fabius den Delegierten der Pariser Weltklimakonferenz am 12. Dezember 2015 den Vertragsentwurf präsentierte und sich keine Einwände mehr erhoben, war der Jubel groß unter den Delegierten der 195 teilnehmenden Staaten. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks zeigte sich – zumal für ihre Verhältnisse – regelrecht euphorisch: „Wir haben heute alle zusammen Geschichte geschrieben. (...) Zum ersten Mal machen sich alle Länder dieser Welt gemeinsam auf den Weg, den Planeten zu retten. (...) Das ist ein historischer Wendepunkt.“

So vorsichtig man Begriffe wie „historisch“ und „einmalig“ verwenden sollte – ohne Zweifel hat Paris die Hoffnung genährt, dass die Wende beim Klimaschutz doch noch gelingen kann. Erstmals wurde die ominöse Zwei-Grad-

Obergrenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Abkommen festgeschrieben. Darüber hinaus wollen sich alle Staaten – Industrienationen ebenso wie Schwellen- und Entwicklungsländer – darum bemühen, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen. Selbst notorische Klimasünder wie Russland, Australien und Saudi-Arabien sind an Bord.

In der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts soll die Belastung der Atmosphäre mit Treibhausgasen auf Null sinken. „Das bedeutet den Abschied von fossilen Energien, also Dekarbonisierung. Das Abkommen geht aber darüber hinaus, weil es alle Treibhausgase betrifft“, so Hendricks. Das muss nicht zwingend so kommen, schließlich könnte auch ein Ausgleich erzielt werden zwischen dem Ausstoß von Treibhausgasen und deren Absorption, etwa

durch Meere, Wälder oder Moore. Auch technische Lösungen, wie die Verklappung von CO₂, sind möglich.

Alle machen mit

Das im Vertrag verankerte „Fortschrittsprinzip“ soll dazu führen, dass die Staaten alle fünf Jahre schärfere Ziele für die Reduzierung ihrer Emissionen formulieren. Die Industriestaaten wollen ab 2020 rund 100 Milliarden Dollar zur Verfügung stellen, um den vom Klimawandel besonders betroffenen Regionen bei Anpassungsmaßnahmen zu helfen und ärmere Staaten dabei zu unterstützen, ihre Energieversorgung klimafreundlich zu modernisieren. Dieser Beschluss steht allerdings nur im zweiten, rechtlich unverbindlichen Teil des Vertra-



Foto: BMUB/Sascha Hilgers
 Bundesumweltministerin Barbara Hendricks beim Start der Africa Renewable Energy Initiative auf der Pariser Klimakonferenz

ges – für viele Beobachter ein Trick, mit dem der US-Kongress umgangen wird.

Die Hauptverantwortung für den Kampf gegen den Klimawandel liegt auch nach Paris weiter bei den Industriestaaten. Allerdings sollen auch alle anderen Staaten nach ihren jeweiligen Möglichkeiten Klimaschutzmaßnahmen ergreifen und darüber regelmäßig berichten. Damit wurde erstmals die bisherige strikte Trennung in Industriestaaten, Entwicklungs- und Schwellenländer im Ansatz überwunden. Selbst der indische Außenminister, dessen Land bislang immer auf einer Sonderrolle beharrt hatte, sprach von einem „neuen Kapitel der Hoffnung“.

Zusagen einhalten

Ob sich dieses Kapitel zu einem ganzen Buch auswachsen wird, hängt zuallererst davon ab,

wie ambitioniert die vorgesehenen nationalen Beiträge der einzelnen Länder, die sogenannten Intended Nationally Determined Contributions (INDCs), sein werden. Blicke es bei den bisherigen nationalen Klimaplänen, wäre eine Erwärmung um mindestens 2,7 Grad Celsius nicht zu vermeiden. Es wird daher von entscheidender Bedeutung sein, dass die reichen Nationen ihre Zusagen von Paris hinsichtlich der finanziellen und technischen Unterstützung einhalten. Sonst könnte die Euphorie allzu rasch in Ernüchterung umschlagen.

Experten des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung haben berechnet, dass zur Erfüllung des Zwei-Grad-Ziels nur noch rund 1.000 Gigatonnen CO₂ in die Atmosphäre gelangen dürften – angesichts der jetzigen Selbstverpflichtungen wären bereits im Jahr 2030 mehr als 800 Gigatonnen erreicht. Kritiker des Pariser Abkommens, wie der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger oder der Oxfam-Klimaexperte Jan Kowalzig, fordern daher eine sofortige Verschärfung der nationalen Klimapläne.

Kathrin Schröder von MISEREOR wies auf die Probleme hin, die etwa bei Kompensationen durch Waldschutzmaßnahmen oder durch „Carbon Capture and Storage“, also die unterirdische Einlagerung von CO₂, entstehen könnten: „Wie können dabei Menschenrechte, zum Beispiel die von indigenen Völkern, die in und von den Wäldern leben, geschützt werden?“ Und der NABU kritisierte, dass die Treibhausgas-

emissionen aus dem internationalen Luft- und Schiffsverkehr – beides stark wachsende Sektoren – nicht in die Verhandlungen einbezogen wurden.

Wie geht es weiter?

Trotz aller Kritik – grundsätzlich überwiegt seit Paris der Optimismus, wie er sich auch in einer Stellungnahme von Germanwatch (mehr zu dieser NRO auf Seite 20) zeigt: „In einer Zeit globaler Krisen hat das UN-System in einer Sternstunde gezeigt, was es zu leisten imstande ist: Im multilateralen Rahmen kann es gelingen, bessere globale Kooperation zu organisieren – die einzige Möglichkeit, massive neue Krisen durch den Klimawandel in den kommenden Jahrzehnten zu verhindern. Das Abkommen ist in vielen Aspekten deutlich anspruchsvoller, als viele BeobachterInnen erwartet hatten.“

Auf dem nächsten Klimagipfel im November 2016 in Marrakesch wird es darum gehen, die guten Absichten in konkrete Maßnahmen zu transformieren. Vorher, am 22. April, soll der Weltklimavertrag in New York unterzeichnet werden – allerdings nur dann, wenn mindestens 55 Staaten verbindlich zustimmen, die wiederum mindestens 55 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verursachen. Ende 2020, wenn das bisher gültige Kyoto-Protokoll ausläuft, soll das neue Abkommen gelten.

Bernd Pieper



Foto: NABU/Andresen

Frachttransporte auf dem Meer produzieren jährlich über eine Milliarde Tonnen CO₂ und belasten die Luft zusätzlich mit Schwefeloxiden und Rußpartikeln.